

BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 1996: Verordnung über elektromagnetische Felder – 26. BimSchV, Dezember 1996, BGBl. I S. 1966

Bundesregierung, 2001: Vorsorgemaßnahmen im Bereich Mobilfunk. Hintergrundpapier der Bundesregierung vom 10.12.01; <http://www.bmu.de/strahlenschutz/doc/2224.php> (download 15.12.08)

DStGB – Deutscher Städte- und Gemeindebund, 2001: Vereinbarung über den Informationsaustausch und die Beteiligung der Kommunen beim Ausbau der Mobilfunknetze. Berlin, 09.07.01; http://www.dstgb.de/homepage/pressemeldungen/archiv2001/newsitem00255/255_1_7089.pdf (download 15.12.08)

IZMF – Informationszentrum Mobilfunk, 2001: Selbstverpflichtung der Mobilfunknetzbetreiber. Berlin, 05.12.01; http://www.izmf.de/download/archiv/9_Selbstverpflichtung051201.doc (download 15.12.08)

LAI – Länderausschuss für Immissionsschutz, 1995: Mögliche gesundheitliche Auswirkungen von elektrischen und magnetischen Feldern im Alltag. Berlin

Kontakt

Johannes Grütznert
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein
Abteilung 6: Technischer Umweltschutz
Mercatorstraße 1-3, 24106 Kiel
Tel.: +49 (0) 4 31 / 988 - 73 62
E-Mail: Johannes.Gruetzner@mlur.landsh.de

« »

Mobilfunkdiskurse und die problematische Rolle der Medien

von Thomas Eikmann und Caroline Herr,
Justus-Liebig-Universität Gießen

In öffentlichen Mobilfunkdiskursen nehmen die Medien in der Kommunikation der beteiligten Akteure oftmals eine wesentliche Rolle ein. Anhand des Beispiels einer heftigen Medienkontroverse über die Bedeutung der Ergebnisse einer einzigen wissenschaftlichen Publikation wird dargestellt, welchen Einfluss die Medien auf die Entwicklung von Meinungen oder Meinungsführerschaften in diesem speziellen Problembereich haben können. Dieses Fallbeispiel demonstriert ebenfalls die Problematik der (vorzeitigen) Bekanntgabe von Forschungsergebnissen in den Medien sowie die sich daraus ergebenden (schwierigen) Beziehungen zwischen Wissenschaftlern und Medienvertretern. Bei vermeintlich unklarer wissenschaftlicher Datenlage in der Mobilfunkproblematik scheinen die persönlichen Überzeugungen der Autoren teilweise die Berichterstattung stärker zu bestimmen als in anderen umweltrelevanten Problembereichen. Eine besonders wichtige Rolle spielen die Medien in den öffentlichen Mobilfunkdiskursen auf lokaler Ebene; hier haben sie teilweise einen entscheidenden Einfluss auf die Ausprägung und Entwicklung dieser Diskurse. Die Bildung von Bürgerinitiativen und deren Aktionen sind auf der einen Seite von der Unterstützung durch die Medien abhängig, auf der anderen Seite werden derartige Aktivitäten von den Medien auch sehr gerne aufgegriffen, weil sie mehr Interesse in der Bevölkerung finden als beruhigende Nachrichten über das tatsächliche Risiko dieser Technologie.

1 Einführung

Das Thema Mobilfunk wird von den Medien häufig aufgegriffen – auf lokaler Ebene überwiegend – um über Aktivitäten von Bürgerinitiativen zu berichten, die beispielsweise die Errichtung eines Mobilfunk-Mastes verhindern möchten. Dabei werden dann in der Regel Bezüge zu Reizthemen wie „Strahlung“ und „Krebs“ oder zu besonders schützenswerten Personengruppen wie Kindern hergestellt.

Schon wegen des (lokalen) Interessenkonfliktes zwischen besorgten Bürgern und den Mobilfunkunternehmen, aber auch wegen der häufigen lokalpolitischen Implikationen ist das Interesse an der Berichterstattung sehr groß. In den überregionalen Medien werden vornehmlich Informationen über neueste wissenschaftliche Erkenntnisse vermittelt, mit besonderem Bezug auf die Risikobewertung bzw. Risikoeinschätzung auch durch die verantwortlichen Institutionen. Wegen der Komplexität der Thematik findet die Berichterstattung im Detail überwiegend in den jeweiligen Wissenschaftsressorts statt, während politisch relevante Schlussfolgerungen (z. B. Senkung oder Beibehaltung von Grenzwerten) im Allgemeinen im überregionalen Teil dargelegt werden. Obwohl der größte Teil der Bevölkerung wenig Interesse an der Standortfrage zeigt, gelingt es vor allem auf lokaler Ebene einer vergleichsweise kleinen Anzahl besorgter Personen häufig, eine relativ große Aufmerksamkeit zu erhalten. „Es ist gerade dieses Mobilisierungspotenzial, welches das Mobilfunkrisiko um eine wichtige Risikofacette ergänzt. Allein schon die Tatsache, dass die Medien häufig über ein Thema berichten, führt bei den Rezipienten oft zu der Vermutung, dass dieses Thema besonders umstritten ist und deshalb besondere Vorsicht geboten sei.“ (Carius 2002, S. 152)

In der im Folgenden dargestellten Medienkontroverse spiegelt sich exemplarisch sowohl die Problematik der Berichterstattung von wissenschaftlich komplexen Tatbeständen wider als auch deren Bewertung in den Medien. Die diskrepante Interpretation von Forschungsergebnissen, die im wissenschaftlichen Diskurs als „normal“ und sogar als erforderlich einzustufen ist, führt in der Öffentlichkeit dagegen häufig zu Verunsicherung und zur Bestätigung von (Vor-)Urteilen. Medienkontroversen in derart sensiblen Informationsbereichen können daher leicht zu Verunsicherung der Leser und letztendlich zu Zweifeln an der Vertrauenswürdigkeit der Berichterstattung führen. Dabei ist zu beachten, dass von mehr als 90 Prozent der Bevölkerung die Medien als wichtigste Informationsquelle für die Risiken des Mobilfunks angegeben werden, fast ein Drittel bezieht dagegen ihre Informationen durch Freunde und Bekannte. Nur bei 13 Prozent spielen die Umweltverbände als Informationsquelle eine Rolle (Büllingen 2003).

2 Ein Beispiel für die Problematik öffentlicher Mobilfunkdiskurse

Wer am 31. Januar 2007 die Titelseite der Süddeutschen Zeitung (SZ) las, wurde von folgender Schlagzeile überrascht: „Handys können Krebs auslösen“. In der Einführung über der Schlagzeile sowie im Untertitel darunter wurde erläutert: „Langzeitstudie skandinavischer und britischer Forscher; Nach jahrelangem und intensivem Telefonieren steigt das Risiko, an einem bösartigem Hirntumor zu erkranken.“ Ein Fragezeichen oder Konjunktiv konnte der interessierte Leser weder im Haupt- noch in den Untertiteln dieses „Aufmachers“ finden. Eingeführt in den Artikel wurde folgendermaßen: „Der langjährige Gebrauch von Mobiltelefonen fördert womöglich das Wachstum von Hirntumoren. Neue wissenschaftliche Untersuchungen zeigen einen Anstieg des Risikos bei Menschen, die seit mindestens zehn Jahren regelmäßig oder besonders intensiv ein Handy benutzen.“ Basis für diesen so („reißerisch“) hervorgehobenen Artikel war eine Publikation im International Journal of Cancer, in dem Teilergebnisse des internationalen Projekts der Interphonestudie veröffentlicht worden waren (Lahkola et al. 2007).

Unterstützung für seine Bewertung dieser Studienergebnisse suchte der Autor der SZ in seinem Artikel bei zwei (offensichtlich überraschten) Wissenschaftlern, die in keiner Art und Weise an der Erstellung und Bewertung dieser Teilstudie beteiligt waren. Sie stimmten ihm teilweise zu, widersprachen aber auch nicht wesentlich. Um die Titelgeschichte in ihrer Gewichtigkeit aufzuwerten, gab es auf der Meinungsseite der SZ in derselben Ausgabe noch einen Kommentar unter folgendem Titel „Lob der Geduld“. In diesem Kommentar wurde die Aussage auf der Titelseite zwar insgesamt bestätigt gleichwohl erheblich relativiert: „Erst langsam, so scheint es, nähert sie (die Wissenschaft; TE/CH) sich der Erkenntnis, dass Handys mindestens die Entstehung von Hirntumoren fördern können, wenn man sie lange und intensiv benutzt (...). Aber es ist noch kein Beweis, eher ein begründeter Verdacht.“ Zum Schluss des Kommentars wird der „boomenden Mobilfunkwirtschaft“ angedroht, ihr Fesseln anzulegen bzw. die Verweigerung der Anmeldung von strahlungsarmen Handys

beim Blauen Engel als Verdummung der Kunden angeprangert (SZ v. 31.1.07).

Ohne zunächst auf die inhaltliche Aussage der wissenschaftlichen Publikation, die dieser Meldung zugrunde lag, eingehen zu wollen, soll dargestellt werden, welche Reaktionen sich in den Medien unmittelbar nach Erscheinen dieses Artikels ereigneten. Während die „Bild-Zeitung“ (wie zu erwarten) unter der Schlagzeile „Krebs-Angst“ und dem zugehörigen Artikel „Also doch – Handys können bei Viel-Telefonierern Gehirntumoren auslösen“ die Tendenz der Berichterstattung der SZ aufgriff, distanzierten sich alle anderen relevanten über-regionalen Medien eindeutig vom Inhalt dieses Artikels und der Art der Präsentation. Noch am selben Tag titelte „Spiegel Online“: „Handys sorgen nicht für Krebs, aber für Schlagzeilen“. Die Zwischentitel dazu lauteten: „Wackliges Orchideen-Resultat herausgepickt“, „Kopfschütteln über Schlagzeile“, „Kein Zusammenhang zwischen Handy und Tumoren“ sowie „Größere Studie zeigte keine Effekte“. Am folgenden Tag, dem 1. Februar, zogen weitere Zeitungen nach – wie z. B. der „Tagesspiegel“ (Berlin) mit der Schlagzeile „Nicht mit Krebs verbunden. Sind Handys schädlich? Eine neue Studie sagt Nein. Aber manche brauchen eine Schlagzeile.“ Auch die „Berliner Zeitung“ meinte: „Krebs durch Handy nicht nachgewiesen. Klare Beweise, dass Mobiltelefone Hirntumore erzeugen, fehlen auch nach neuer Studie.“ Höhepunkt in der Medienkontroverse war dann ein Artikel im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ mit der Überschrift „Mobilfunk: Restrisiko Hirnriss. Hysterische Republik: Eine neue Studie zur Krebsgefahr durch Handy-Strahlung gibt wieder einmal Entwarnung – doch eine große deutsche Tageszeitung meldet das Gegenteil.“ (Der Spiegel 6/2007, S. 152-153)

Abschließend sei auf die Reaktion der SZ auf diesen Verriss durch die Konkurrenz berichtet. So griff die Zeitung zum einen das Thema am 2. Februar in einem Beitrag „14 Fragen über Handys“ noch einmal auf, ohne sich aber explizit von der Tendenz des Erstartikels zu distanzieren. Zum anderen wurde am 5. Februar in einem Kommentar „Die Angst vor der Technik“ noch einmal unter vielen anderen Bereichen auch die Mobilfunkproblematik thematisiert – u. a. mit folgendem Satz: „Erstmals ist im Zusammenhang zwischen Handy

und Krebs ein wichtiger, statistischer Schwellenwert überschritten worden.“ (SZ v. 5.2.07) „Der Spiegel“ teilte diese Interpretation nicht und schloss seinen Artikel entsprechend dieser Meinungsäußerung in der SZ mit folgender Aussage: „Früher oder später wird wohl auch das Handy-Trauma bewältigt sein. Wenn es nach der ‚Süddeutschen‘ geht, eher später. Der Autor der SZ würde, so sagt er, seine Geschichte ‚jederzeit wieder genauso‘ schreiben.“ (Der Spiegel 6/2007, S. 153)

3 Medienmeinungen im Kontrast zu wissenschaftlichen Dokumentationen

Wie ist nun die Kontroverse über die Ergebnisse dieser heiß umstrittenen Studie inhaltlich einzu-stufen? Wer könnte das besser beantworten als die Autoren dieser Publikation selbst, die aber offensichtlich nie von der SZ direkt befragt wurden. Anna Lahkola und ihre Koautoren kommen bei der Bewertung ihrer eigenen Ergebnisse eindeutig zu der Aussage, dass sie keine Hinweise auf ein erhöhtes Krebsrisiko für regelmäßige Mobiltelefonierer gefunden haben. So äußerte sich auch eine Koautorin gegenüber „Spiegel Online“ folgendermaßen: „Es gibt keinen Verdacht, dass ein Zusammenhang besteht.“ (Lahkola et al. 2007) Der Punkt in der Publikation, der die Aufregung bei SZ und Bild hervorrief, war der Teilaspekt, dass 77 Krebs- kranke angaben, sie hätten Handys schon vor mehr als zehn Jahren gewöhnlich an der Seite des Kopfs benutzt, an der später auch der Tumor herangewachsen war. Bei dieser kleinen Untergruppe des Gesamtkollektivs von 1.521 Tumorpatienten schien das Risiko um 30 Prozent erhöht zu sein. Eine wahrscheinliche Erklärung der beobachteten Zusammenhänge ist – nach Meinung der Autoren, aber auch anderer Experten – der sogenannte „Berichterbias“. Danach ist es nicht auszuschließen, dass Patienten mit einem Hirntumor, die nach der Erkrankung nach der bevorzugten Kopfseite bei zurückliegenden Telefonaten befragt werden, dazu neigen, die Seite anzugeben, auf der auch der Tumor nachgewiesen wurde. Somit wären die beobachteten Zusammenhänge keinesfalls ein Hinweis auf ein tatsächlich vorhandenes Risiko.

Die nicht nur für den Spezialisten äußerst interessante Medienkontroverse (über diesen kleinen Teilaspekt der Gesamtstudie) macht in

vielerlei Hinsicht nachdenklich. Auffallend ist in diesem Fall, dass es bezogen auf die vorliegenden Studienergebnisse keine Expertenkontroverse gab und dass auch die Statements beispielsweise des Deutschen Krebsforschungszentrums oder der Bundesanstalt für Strahlenschutz nicht von der Interpretation der Autoren der Studie abwichen. Dies ist gerade bezogen auf wissenschaftliche Problemstellungen sicherlich ein seltener und damit bemerkenswerter Vorgang. Dieser Vorgang verdeutlicht weiterhin eine Entwicklung, die sich schon seit mehreren Jahren immer mehr verstetigt, dass ein Krebsrisiko durch Handynutzung offensichtlich nicht besteht bzw. wenn es denn hypothetisch unterstellt würde, es so gering sein muss, dass es im statistischen Rauschen der epidemiologischen Daten praktisch untergeht (Eikmann, Herr 2007).

4 Knüllergeschichten mit nicht absehbaren Folgen

Gleichzeitig bestürzt es gerade die Fachleute, dass eine renommierte Tageszeitung „wie hypnotisiert, ihre Knüllergeschichte gegen alle Fakten dreht“ (Der Spiegel 6/2007). Diese Tendenz, fachlich zu diskutierende Teilergebnisse zu reellen Gesundheitsrisiken „hochzuschreiben“, kann tatsächlich zu der von der Bild-Zeitung beschworenen „Krebs-Angst“ in der Bevölkerung führen. Die in den Medien in den vergangenen Jahren immer wieder vorgebrachten Behauptungen wie „Handys schädigen die Spermienqualität“ oder „Mobiltelefone durchlöchern die Hirnschranke“ haben dazu beigetragen, dass die Verunsicherung in der Bevölkerung sicherlich nicht gemindert wurde. Auch wenn die Handynutzung durch derartige Meldungen letztlich nicht beeinträchtigt wurde und wird, so wird die mehr oder minder latent vorhandene Angst in Teilen der Bevölkerung gegenüber dieser Technologie weiterhin geschürt (Eikmann, Herr 2006).

Welche Auswirkungen diese „Panikmache“ auf die breite Nutzung der Mobilfunktechnologie für die „Telemedizin“ hat, z. B. größere Unabhängigkeit von chronisch Kranken durch Fernmonitoring oder für das Rettungswesen wie raschere Bergung von Verunfallten, lässt sich nicht abschätzen. Denn in diesen Bereichen werden auch mithilfe der Mobilfunktechnologie konkret Lebensqualitäten verbessert und Leben

gerettet. Leider gibt es zu diesen präventiven Aspekten der Technologie keine konkreten Zahlen. Mit Sicherheit wären die Wahrscheinlichkeiten für bessere Lebensqualität oder verlängertes Leben durch Mobilfunktechnologie hier viel klarer und eindeutiger als die fragwürdigen Ergebnisse zum erhöhten Krebsrisiko. Aber frei nach dem Motto „Nur eine schlechte Nachricht ist eine gute Nachricht“ werden diese Zahlen weder wissenschaftlich dargestellt noch durch die Medien einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Im Gegenteil: Die Bevölkerung wird durch zahlreiche paramedizinische Appelle oder andere Proklamationen, die in Medien veröffentlicht werden, ungeachtet aller national und international kontinuierlich vorgetragener Entwarnung fortwährend verunsichert und beeinflusst. So werden immer wieder (z. B. vom Mobilfunkärzteappell Allgäu-Bodensee-Oberschwaben) gebetsmühlenhaft längst widerlegte oder als irrelevant erkannte Aspekte einer vermeintlichen Mobilfunkbelastung vorgetragen. Besonders diskrepant ist dabei die häufig vorgetragene Äußerung, über konkrete Auswirkungen von Mobilfunkfeldern auf den Menschen existierten kaum Untersuchungen. Dies widerspricht eklatant den Ergebnissen der in die Tausende gehenden Studien, die inzwischen weltweit durchgeführt wurden und die in wissenschaftlichen Journalen jedermann zugänglich publiziert wurden.

Besonders problematische Formen nimmt inzwischen eine Kontroverse an, die sich bei *öffentlichen Veranstaltungen*, z. B. im Rahmen der geplanten Errichtung von Mobilfunk-Masten, immer wieder abspielt. Fachleute, die bereit sind, ihre Position auf einer wissenschaftlich getragenen Basis auch in der allgemeinen Öffentlichkeit darzustellen, werden (in immer stärkerem Maße) beschimpft, angefeindet oder persönlich auch vor berufständischen Organen diffamiert. Dies hat inzwischen derartige Formen angenommen, dass immer weniger Experten bereit sind, öffentlich aufzutreten und die gängige wissenschaftliche Einschätzung zu Mobilfunk und Gesundheit dazulegen. Letztendlich wird so das Feld in der öffentlichen Diskussion und Kontroverse, die per se ja richtig sind, „Panikmachern“ und „Polemikern“ überlassen. Eine unvoreingenommene Aufklä-

rung der Bevölkerung über die vermeintlichen Risiken ist damit nicht mehr gewährleistet.

Erstaunlich ist auch, wie Personen, die sich selber als kritisch und wenig autoritätsgläubig einstufen, ohne Probleme die Äußerungen von Bürgerinitiativen oder Ärzteappelle als fundiert ansehen und beispielsweise Aufrufe o. ä. unterzeichnen, ohne die überwältigende Anzahl von Publikationen zu beachten, die in dieser Kontroverse eine ganz andere Position einnehmen. Unter dieser Perspektive hatte möglicherweise die oben dargestellte Medienkontroverse andererseits auch etwas Gutes, nämlich zu zeigen, dass es hier (wissenschaftlich nicht begründete) Minderheitsmeinungen gibt, die auch in den Medien als solche dargestellt und beurteilt werden sollten.

5 Eine Vielzahl von Akteuren bestimmen die Diskurse

Die hier ausführlich dargestellte Kontroverse zeigt in all ihren Facetten an einem – tatsächlich extremen, jedoch gleichwohl auch wieder typischen Beispiel – den Umgang der unterschiedlichen regionalen und überregionalen (Print-)Medien mit den in Teilen der Bevölkerung vorhandenen Bedenken und Ängsten gegenüber der Mobilfunktechnologie. Gleichzeitig demonstriert sie aber auch die Problematik der (vorzeitigen) Publikation von Forschungsergebnissen in den Medien sowie die sich auch daraus ergebenden (schwierigen) Beziehungen zwischen Wissenschaftlern und Medienvertretern. Darüber hinaus wird die bedeutende Rolle der Medien im Aktionsbereich der verschiedenen Akteure im Bereich Mobilfunk deutlich. Und nicht zuletzt wird – bei vermeintlich unklarer wissenschaftlicher Datenlage – herausgestellt, dass persönliche Überzeugungen die Berichterstattung teilweise vielleicht stärker bestimmen als in anderen Problembereichen.

Als ein Beispiel für einen konstruktiven Mobilfunkdialog, der auch für die Diskussion in Deutschland Vorbild sein könnte, wäre das Vorgehen der Stiftung Risiko-Dialog in der Schweiz zu benennen. Nach Veröffentlichung einer Studie zum Mobilfunkkonflikt in der Schweiz diskutierten je vier bis sechs Vertreter aus Wirtschaft, Gesundheit, Politik, Wissenschaft, Technik sowie Nichtregierungsorganisationen bzw. Bürgerinitiativen miteinander

ihre Visionen eines „nachhaltigen Mobilfunks“. Die Studie der Stiftung identifiziert die unterschiedlichen Ansichten und Argumente und diskutiert Ansätze, den gesellschaftlichen Mobilfunkdialog lösungsorientierter zu gestalten. Erwartungsgemäß gehen die Einschätzungen von Nutzen und Risiko des Mobilfunks zwischen den verschiedenen Interessensgruppen auch in der Schweiz auseinander. Einigkeit konnte lediglich über die hohe Bedeutung des Mobilfunks erzielt werden, dagegen waren die gesundheitlichen Auswirkungen höchst umstritten (Schanne, Stalder 2003).

Bei der Vielzahl der dargestellten Interaktionen im Bereich des Mobilfunks – hier speziell im Bereich der Bewertung von Wirkungen auf den Menschen – wird deutlich, dass eine große Anzahl von Akteuren tätig ist, die institutionell vor allem mit Hilfe der Medien versucht, ihre Positionen und Interessen in die politische und allgemeine Öffentlichkeit zu lancieren. Nach Darstellung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi 2008) lassen sich im Wesentlichen sechs Gruppen von Institutionen und Akteuren (im öffentlichen Mobilfunkdiskurs) unterscheiden:

- Politik und Verwaltung,
- nationale und internationale Forschungseinrichtungen,
- Mobilfunkbetreiber und Hersteller,
- Bürgerinitiativen,
- Kirchen und kirchliche Institutionen,
- Verbände.

Nachfolgend sollen beispielhaft einige wenige Interaktionen zwischen Akteuren im Bereich des Mobilfunks und die jeweilige diskursive Rolle der Medien dargestellt werden.

5.1 Mobilfunkakteure aus Wissenschaft und Forschung

Eine besondere Rolle in den öffentlichen Diskursen spielen gerade beim Mobilfunk (aber zum Beispiel auch bei der Grünen Gentechnik) Informationen aus dem Bereich der Wissenschaft. Während bislang Ergebnisse aus wissenschaftlichen Studien überwiegend wissenschaftsintern publiziert und diskutiert wurden, werden sie zunehmend öffentlich thematisiert. Wie oben dargestellt werden diese Informationen dann auch häufig von den verschiedenen

Akteuren „in ihrem Sinne“ interpretiert und als politisches oder gesellschaftliches „Druckmittel“ eingesetzt. Die Tendenz, wissenschaftliche Daten auch der breiten Öffentlichkeit frühzeitig, d. h. ohne den notwendigen wissenschaftlichen Diskurs erst abzuwarten, zur Verfügung zu stellen, wird durch den immer intensiveren Wettbewerb um Drittmittel in den wissenschaftlichen Einrichtungen unterstützt. Auch die immer stärker gewünschte Außendarstellung derartiger Einrichtungen erfordert und fördert den Kontakt zu den Medien. Beim öffentlichen Diskurs kommt deshalb der Wissenschaft zwar eine große Bedeutung zu, entscheidend für die Übermittlung der gewünschten Botschaft sind aber ohne Zweifel die Medien.

5.2 Die Rolle von Bürgerinitiativen in den (medialen) Mobilfunkdiskursen

Im letzten Jahrzehnt hat sich sowohl auf lokaler als auch überregionaler Ebene (z. B. Bürgerwelle e.V.) eine Vielzahl von Bürgerinitiativen gebildet, die massiv gegen den Aufbau von Mobilfunk-Netzanlagen agieren. Dabei spielt die Frage der möglichen gesundheitlichen Beeinträchtigung durch elektromagnetische Felder die dominierende Rolle in der inhaltlichen Ausgestaltung ihrer Aktivitäten (BMW 2008). Mit ihrer Informationsarbeit wollen die Bürgerinitiativen überwiegend die Medien aber auch Politiker und Mobilfunkkritiker mit „belastbaren“ Informationen versorgen. Ziel ihrer Informationsarbeit ist nach eigenen Angaben den „Boden für menschenverträglichen Mobilfunk zu ebnen“ (ebd.). Alle überregionalen sowie viele lokale Bürgerinitiativen haben eigene Internetplattformen, über die ihre Aktivitäten allgemein zugänglich dargestellt werden. Auf lokaler Ebene sind die Initiativen sehr stark auf die Medien – in erster Linie Lokalzeitungen – angewiesen, um politischen Druck auf die Akteure aus Politik und Verwaltung ausüben zu können. Hier werden Parteien und Einzelpersonen (u. a. Bürgermeister, Kommunalparlamentarier) zu Stellungnahmen bzw. Positionierungen gezwungen, z. B. um die Errichtung von Mobilfunk-Sendeanlagen zu verhindern.

Die Diskrepanz zwischen dem Stellenwert der Mobilfunktechnologie im Rahmen der allgemeinen Umweltbesorgnis der Bevölkerung

und den von vielen Bürgerinitiativen und Initiativgruppen öffentlich dargestellten Ängsten ist vergleichsweise stark ausgeprägt. So gibt es immer noch eine beträchtliche Anzahl von Appellen und Stellungnahmen – insbesondere auch von niedergelassenen Ärzten. Der Widerstand der Bevölkerung bei der Errichtung von Mobilfunk-Sendeanlagen kann sich immer noch in heftigen Unmutsbekundungen der „betroffenen“ Bevölkerung äußern. Zwar ist es bisher noch nie gelungen, die von den verschiedenen Ärzteinitiativen angegebenen (dramatischen) Anstiege u. a. von Leukämien, Hirntumoren, Herzrhythmusstörungen, Schlaganfällen bei jungen Menschen sowie Epilepsie nach Einführung des Mobilfunks wissenschaftlich zu belegen. Gleichwohl haben derartige Aussagen offensichtlich im Einzelfall einen erheblichen Einfluss auf die Bevölkerung. So kann nach wie vor die Errichtung einer Mobilfunk-Sendeanlage auf dem Dach einer Schule zu heftigen Reaktionen der Eltern und Lehrer sowie Anwohner führen, die häufig noch von selbsternannten „Experten“ vor Ort intensive Unterstützung finden. Die relative Gelassenheit der Gesamtbevölkerung gegenüber der Mobilfunktechnologie spiegelt sich hier in keiner Weise wider. Auch dass nahezu jeder der Betroffenen selber ein Handy besitzt und auch nutzt, spielt dabei in der Regel keine Rolle. Derartige Hinweise und Einwände werden als Polemik und Verharmlosung abgetan. Eine Vielzahl von Umweltmedizinern kann hier aus dem eigenen Erfahrungsschatz Beispiele für ein derartig diskrepantes Verhalten schildern und sicherlich auch die eigenen (häufig frustrierenden) Erfahrungen bei der Aufklärung der Bevölkerung wiedergeben (Eikmann, Herr 2007).

5.3 Die Bedeutung der Medien in den öffentlichen Mobilfunkdiskursen

Die Diskurse zwischen Wissenschaft und Medien auf der einen Seite sowie Medien und Bürgerinitiativen auf der anderen Seite zeigen die Bedeutung der Medien für die Entwicklung von Meinungen oder Meinungsführerschaften. Gerade auf lokaler Ebene verblüffen in diesem Zusammenhang immer wieder die diskrepanten Unterschiede in den öffentlichen Mobilfunkdiskursen. Während in Ort A bis tief hinein in die Kommunalpolitik heftig über die Folgen der

Errichtung einer Mobilfunk-Sendeanlage diskutiert wird, ist in Ort B, nur wenige Kilometer von A entfernt, dies überhaupt kein öffentliches Problem (obwohl die Ausgangslage identisch ist). Bei näherer Betrachtung zeigt sich dabei häufig, dass die Unterstützung des Mobilfunkdiskurses durch die lokalen Medien oft ein entscheidender Faktor in dessen weiterer Entwicklung ist. Wobei die Medien wiederum unter anderem in Abhängigkeit von der jeweiligen (politischen) Relevanz dieses Diskurses agieren. So hat eine derartige Kontroverse z. B. innerhalb eines kommunalen Wahlkampfes oder Bürgermeisterwahl auch für die Medien eine andere Bedeutung als wenn auf kommunaler Ebene die politischen Verhältnisse fest strukturiert sind.

Auch in der Darstellung von öffentlichen Veranstaltungen sowie in der Außendarstellung der beteiligten Akteure kommt der Berichterstattung der Medien eine maßgebliche Rolle über den weiteren Verlauf dieser Diskurse zu. Hier gibt es die volle Bandbreite der Berichterstattung von der kritiklosen, gutgläubigen Unterstützung der Mobilfunkkritiker bis hin zu deren deutlichen Ablehnung. Auf lokaler Ebene werden in der Argumentationskette „Betroffene-Bürger-gegen-profithungrige-Konzerninteressen“ häufig die Intentionen der Bürgerinitiativen unterstützt, während überregional eher auf Ebene des auf wissenschaftlichen Ergebnissen geführten Diskurses differenziertere Meinungen geäußert werden. Die von uns oben dargestellte Medienkontroverse macht gerade diesen Diskurs deutlich.

6 Generelle Aspekte und Ausblick

Wie oben dargestellt fällt bei der Bewertung des öffentlichen Diskurses über die Mobilfunkproblematik im Vergleich zu anderen Risikodebatten auf, dass die wissenschaftlichen Grundlagen über die biologischen Wirkungen hier besonders kontrovers diskutiert werden; vergleichbar erscheint diese Kontroverse nur mit der aktuellen Diskussion über die möglichen Folgen der Grünen Gentechnik. Dazu kommen weiterhin die rasante Weiterentwicklung der verschiedenen Technologien und die Vielzahl neuer Forschungsergebnisse innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums. Durch die breite Berichterstattung ist die Bevölkerung immer aktuell informiert, da aber häufig vorläufige

oder wissenschaftlich noch nicht ausreichend abgesicherte Ergebnisse verbreitet werden, kommt es insbesondere über die biologischen Wirkungen der Mobilfunktechnologie zu einer erheblichen Verunsicherung der Bevölkerung (Schanne, Stalder 2003).

Eine Erklärung für die verbreitete Unsicherheit über mögliche gesundheitliche Gefährdungen durch diese Technologien, die insbesondere auch durch die häufig nicht wissenschaftlich fundierten Ansichten vieler Bürgerinitiativen gefördert werden, ergibt sich aus der Tatsache, dass sich die meisten Bürger schlecht informiert fühlen. Auf der Basis einer repräsentativen Umfrage geben viele Bürger an, zwar schon wichtige Begriffe der Mobilfunktechnologie gehört zu haben, aber sie können in der Regel kaum etwas damit verbinden (Büllingen 2003). Da als wichtigste Informationsquelle von der überwiegenden Mehrzahl der Befragten die Medien angegeben werden, tragen sie natürlich auch eine besondere Verantwortung in der Berichterstattung. Bemerkenswerter Weise spielen Umweltverbände, aber auch öffentliche Institutionen oder Mobilfunknetzbetreiber nur eine untergeordnete Rolle bei der Informationsvermittlung.

Im Gegensatz zu den lokal begrenzten Turbulenzen werden von der Bevölkerung insgesamt die gesundheitlichen Risiken der Mobilfunktechnologie im Vergleich zu anderen Technologien wie beispielweise Atomkraft oder Gentechnologie *grundsätzlich* als viel weniger bedeutend eingeschätzt (Büllingen 2003). So zeigt der überwiegende Teil der Bevölkerung wenig Interesse an der Standortfrage. Besonders Männer, Handy-Vielnutzer sowie jüngeren Personen ist beispielsweise das ästhetische Erscheinen in der Landschaft oder auf Hausdächern gänzlich unproblematisch. Die generelle hohe Akzeptanz hält die Bevölkerung aber nicht davon ab, dass nur etwa fünf Prozent von ihr glauben, dass mit der Mobilfunktechnologie *keinerlei* Risiken verbunden sind (ebd.). Diese offensichtlich latent vorhandenen Ängste vor verschiedenen schwer durchschaubaren (Mobilfunk-)Technologien können dann offensichtlich bei örtlichen Problemen deutlich werden – „getriggert“ durch Bürgerinitiativen und Ärzteappelle.

Dieses diskrepante und gleichzeitig pragmatische Verhalten der Bevölkerung, das sich durchaus auch bei anderen umweltbedingten

(Rest-)Risiken zeigt, muss bei den mediengetragenen Mobilfunkdiskursen sicherlich stärkere Beachtung finden. Ein gutes Beispiel für einen lösungsorientierten Dialog ist die Einbeziehung der lokalen Bevölkerung bei der Standortplanung. Insgesamt sollten im gesellschaftlichen und mediengetragenen Diskurs weitergehende Strategien entwickelt werden, um die Bürger seriös zu informieren und aufzuklären, ihre latenten Ängste wahr- und ernstzunehmen sowie festgefahrenen Konfliktfronten aufzulockern und einen offen und fairen Austausch von Einschätzungen zu ermöglichen.

Literatur

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, 2008: Mobilfunkinformationen; <http://www.mobilfunk-information.de> (download 15.12.08)

Büllingen, F., 2003: „Elektrosmog“ durch Mobilfunk? Akzeptanz und Risiko im Licht der öffentlichen Debatte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 42 (2003); http://www.bpb.de/publikationen/9EP0Y6,0,0,Elektrosmog_durch_Mobilfunk.html (download 15.12.08)

Carius, R., 2002: Vom Pulverfass zum Risikodiskurs. Welche Kommunikation über Kommunikationstechnik brauchen wir? In: GAIA 11/2 (2002), S. 152-153

Eikmann, Th.; Herr, C., 2006: Die Mobilfunk-Problematik als Beispiel für die Widersprüchlichkeit bei der Einschätzung von Umweltrisiken. *Umweltmed Forsch Prax* 11 (2006), S. 69-70

Eikmann, Th.; Herr, C., 2007: Können Handys Krebs auslösen? – eine Medienkontroverse zeigt die Problematik der öffentlichen Mobilfunkdiskussion. *Umweltmed Forsch Prax* 12 (2007), S. 5

Lahkola, A.; Auvinen, A.; Raitanen, J. et al., 2007: Mobile Phone Use and Risk of Glioma in 5 North European Countries. In: *International Journal of Cancer* 120 (2007), S. 1769-1775

Schanne, M.; Stalder, T., 2003: Mobilfunk: Publizistische Medien und die Thematisierung von EMF-Risiken. Schlussbericht. Zürich

Kontakt

Prof. Dr. med. Thomas Eikmann
 Institut für Hygiene und Umweltmedizin
 Hessisches Zentrum für Klinische Umweltmedizin
 Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH
 Justus-Liebig-Universität Gießen
 Friedrichstr. 16, 35392 Gießen
 E-Mail: thomas.eikmann@hygiene.med.uni-giessen.de



Risikowahrnehmung und -kommunikation in der Öffentlichkeit

Diskurse zu elektromagnetischen Feldern als Herausforderung für das Bundesamt für Strahlenschutz

von Christiane Pölzl, Bundesamt für Strahlenschutz, Oberschleißheim

Das Deutsche Mobilfunk-Forschungsprogramm (DMF) wurde im Juni 2008 abgeschlossen. Im Rahmen der Abschlussphase des Programms waren zahlreiche Fachgespräche mit Vertretern unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen zur Forschung im Bereich der elektromagnetischen Felder (EMF) durchgeführt worden. Dabei wurde wiederholt konstatiert, dass die eigentliche Herausforderung erst jetzt, nach Abschluss des Programms, damit beginne, die vorliegenden Ergebnisse und Bewertungen des Forschungsprogramms gegenüber der Öffentlichkeit zu vermitteln. Der folgende Beitrag widmet sich den Aspekten, die das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) bei diesem Prozess besonders zu beachten hat: Welches sind die zentralen Herausforderungen in der Kommunikation der Erkenntnisse und Bewertungen aus dem DMF? Welche grundlegenden Erkenntnisse sind zu den Themen der Risikowahrnehmung und Informationsaufnahme und -verarbeitung aus der Forschung bekannt? Wie lässt sich die Bevölkerung in Bezug auf ihre Wahrnehmung des Themas Mobilfunk charakterisieren? Und schließlich: Wie geht das BfS mit diesen Fragen um?

1 Praktische Erfahrungen und deren empirische Überprüfung

1.1 Ausgangslage

Mit dem Ausbau der Mobilfunknetze und der zunehmenden Verbreitung der Mobilfunktechnologie in der Bevölkerung seit Mitte der 1990er Jahre spielten die Themen der Wahrnehmung eines potenziellen Risikos durch EMF eine immer größere Rolle. Zahlreiche Artikel, Aufsätze und Studien befassten sich mit Erklärungen darüber, wie der hohe Stellenwert dieses Risikodiskurses in der Öffentlichkeit zu erklären sei. Untrennbar damit verbunden ist der in der Öffentlichkeit ausgetragene Diskurs unter Wissenschaftlern oder zwi-